



# **Kommunalfinanzen**

Florian Janik

29. September 2007

# Grundbegriffe

- Kameralistik
- Ist und Soll
- Haushaltssoll
- Anordnungssoll
- Budgetierung
- Verlustvortrag
- Haushaltsreste
- Haushaltssperre
- Vorläufige Haushaltsführung



# Gliederung

1. Haushalt der Stadt Erlangen
2. Grundlagen der Finanzausstattung
3. Kommunale Steuern
4. Umlagen
5. Kommunaler Finanzausgleich
6. Haushaltspolitik
7. Rote Haushaltspolitik



# 1. Haushalt der Stadt Erlangen 2005

<b>Einnahmen: (Verw-HH)</b>	229.902.805 €
Steuereinnahmen	116.862.244 €
EK-Steuer	41.021.293 €
Gewerbest. (brutto)	52.537.614 €
Grundsteuer B	16.839.805 €
Umsatzsteueranteil	6.186.674 €
Zuweisungen	14.041.129 €
Schlüsselzuw.	1.997.952 €
Erstattungen	54.373.346 €
Gebühren/Mieten	21.488.628 €



# 1. Haushalt der Stadt Erlangen 2005

<b>Ausgaben: (Verw-HH)</b>	224.007.000 €
Personal	82.764.875 €
Zinsen	7.595.413 €
Umlagen	39.562.567 €
Sozialhilfe, Jugendhilfe	41.562.000 €

Lücke im Verw-HH: 15 Meuro

(8 Meuro Lücke, 7 Meuro Mindestzuführung)

→ Stadt lebt vom Vermögensverzehr (wie alle (Groß-)Städte)



# 2. Grundlagen der Finanz- ausstattung

- Die Finanzverfassung des Grundgesetzes (Art. 104a -108, 91a, 91b GG)
  - „Ausgabe folgt Aufgabe“
  - „Einnahmen nach Ausgaben“
- Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet



# 2. Grundlagen der Finanz- ausstattung

- Selbstverwaltung der Gemeinden
  - finanzielle Eigenverantwortung  
(Hebesatzrecht, Beiträge, Gebühren)
  - Gesetzgebung beim Staat
- Kommune erhält Anteile der  
Gemeinschaftssteuern und Zuweisungen der  
Länder
- Eigene Steuern: Realsteuern mit  
Hebesatzrechten, Bagatellesteuern



# 3. Kommunale Steuern

Gemeinschaftssteuern:

- Lohn-und veranlagte Einkommensteuer:  
Bund/Länder 42,5/42,5%, Gemeinden 15%
- Zinsabschlag-und Kapitalertragsteuer:  
Bund/Länder 44/44%, Gemeinden 12%
  - Länder bekommen nach Aufkommen
  - Gemeinden nach Schlüsselzahlen
  - Benachteiligung von vielen EinwohnerInnen mit hohen Einkommen (Sockelbeträge)



# 3. Kommunale Steuern

- Umsatzsteuer: Vorab Bund (5,63 %) und Gemeinden (2,2 %), dann Bund/Länder 49,6/50,4 %
  - Ausgleich für Gewerbesteuer
  - Komplizierter, vorläufiger Verteilschlüssel
  - Benachteiligung der Gemeinden, die hohe Einnahmen aus Gewerbesteuer hatten



# 3. Kommunale Steuern

- Gewerbesteuer
  - Realsteuer: Objekt, das Ertrag erbringen kann, wird besteuert
  - Ertrags-Unabhängige Komponenten
  - Ohne FreiberuflerInnen, LandwirtInnen
  - Zweck: Infrastruktur der Unternehmen
  - Nur 40% zahlen (Freibeträge, Gewinn)
  - Aber: Hinkende Realsteuer
  - Gewerbesteuerumlage



# 3. Kommunale Steuern

- Grundsteuer
  - Realsteuer
  - Älteste kommunale Steuer
  - Zweck: Infrastruktur der BewohnerInnen
  - A: Land- und Forst; B: sonstige
  - EigentümerInnen bezahlen
  - Einheitswertproblematik



# 3. Kommunale Steuern

- Bagatellesteuern
  - Hundesteuer (ca. 280.000 €)
  - Zweitwohnungssteuer
  - Andere (nicht in Bayern)



# 4. Umlagen

- Abführung zur Finanzierung von überörtlichen Aufgaben
  - Gewerbesteuerumlage
  - Kreis- und Bezirksumlage
  - Krankenhausumlage
  - Denkmalschutzumlage



# 5. Kommunalen Finanz- ausgleich

- Ziele
  - Einnahmen erschließen
  - Umverteilung
- Allgemeiner Steuerverbund
  - Landesanteile an EK-, Umsatz-, Körperschaftssteuer
  - Anteil abhängig von Landesgesetzen
  - Schlüsselzuweisungen, Investitionsverstärker, etc.



# 5. Kommunalen Finanz- ausgleich

- Spezielle Steuerverbände
  - Anteil an Landessteuern (KFZ, etc.)
- Finanzausweisungen
  - Für Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich
  - Immer zu gering
  - Konnexitätsprinzip und Durchgriffsrecht des Bundes



# Zwischenfazit

- Hochkomplexes, unübersichtliches, uneinheitliches System der Finanzierung der Kommunen
- Haushaltssanierung von Bund und Land auf Kosten der Kommunen
- Reform der Gemeindefinanzierung notwendig (Gewerbesteuerreform, etc.)



# 6. Haushaltspolitik

- Sparmaßnahmen
  - Personalabbau
  - Kürzungen bei freiwilligen Leistungen
  - Investitionsverzicht
- Verschuldung
  - Kosten für Zins und Tilgung
  - Kassenkredite statt genehmigte Investitionskredite



# 6. Haushaltspolitik

- Vermögensveräußerung
  - Grundstücke
  - Gebäude
  - Stadtwerke
  - Wohnungsbaugesellschaften



# 6. Haushaltspolitik - Thesen

- Freiwillige Leistungen sind das Herzstück Kommunalen Selbstverwaltung und damit der Kommunalpolitik  
„Zur Erfüllung von Pflichtaufgaben genügen gut abgerichtete Beamte.“  
(Klaus Jungfer)



# 6. Haushaltspolitik - Thesen

- Wenn die laufenden Einnahmen dauerhaft nicht ausreichen, müssen entweder die laufenden Leistungen und die (kreditfinanzierten) Investitionen gekürzt werden oder die Steuern und Gebühren erhöht werden. Ein Drittes gibt es nicht.



# 7. Rote Haushaltspolitik

- Sparsame Haushaltsführung
  - Standards überprüfen
  - Leistungen überprüfen
- Konsequente Einnahmerschließung
  - Steuer- und Gebührenanpassung
  - Nutzen von Einnahmemöglichkeiten
- Verwaltungsmodernisierung und  
konsequente Budgetierung



# 7. Rote Haushaltspolitik

- Investitionen (auch) über Kredite finanzieren
  - Kreditfinanzierung ist eine Verteilung der Kosten über die Nutzungsdauer
  - Kredite belasten niemals künftige Generationen, da auch die geschaffenen Werte vererbt werden.
  - Die Grenze öffentlicher Schulden ist allein von der Fähigkeit bestimmt Zinsen (und Tilgung) dauerhaft zu leisten.



# 7. Rote Haushaltspolitik

- Vermögensveräußerung/Privatisierung/PPP kritisch prüfen
- Verteilungswirkungen beachten
- Aufklärungsarbeit leisten
- Eintreten für Gemeindefinanzreform

